

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 59 (1979)
Heft: 12

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE STUNDE DES PARLAMENTS

Die eidgenössischen Wahlen, die gemäss einer Meinungsumfrage im Vorfeld des 21. Oktober nur jeden sechsten Schweizer «stark interessierten» und von denen mehr als die Hälfte der Befragten «keine Änderung» der schweizerischen Innenpolitik erwarteten, haben dennoch ein Resultat erbracht, das überraschen muss. Das Erstaunliche liegt dabei weniger im Umstand, dass das bürgerliche Lager trotz Mandatsverlusten der CVP netto sechs Sitze eroberte, während die «Siegerin» von 1975, die SP, vier Nationalratsmandate einbüssste. Denn ein Teil dieser Verschiebungen ist durch die Zufälligkeiten des Proporzsystems bedingt, welches möglich macht, dass zum Beispiel eine Partei – wie die FDP vor vier Jahren – trotz einer Wählerzunahme Sitze verliert, während sich diesmal die SP angesichts ihrer vier Verluste damit trösten kann, wenigstens den gesamtschweizerischen Wähleranteil von 1975 bis auf die Kommastelle genau wieder erreicht zu haben. Das eigentliche Ereignis dieser Wahlen besteht vielmehr darin, dass der aufsteigende Trend, den die Linke in den letzten Jahren auch in kantonalen Wahlen verzeichnen konnte, gebrochen wurde, während das bürgerliche Lager einen Nettogewinn an Wählerstimmen von fast vier Prozent ausweist.

Dass trotz dieser markanten Verlagerung landauf landab von einer «bestätigten Stabilität» gesprochen und geschrieben wurde, während der umgekehrte Trend vor vier Jahren noch Anlass zu Spekulationen um

eine Veränderung der «Regierungs-koalition» gegeben hatte, ist im Grunde genommen mehr als nur erstaunlich. Stimmengewinne von 3,8 Prozent würden heutzutage in manch einem parlamentarischen Zwei- oder Zweieinhaltparteiensystem eine totale Umkempelung der politischen Landschaft bedeuten. Und verschiedene amerikanische Präsidentschaftswahlen der letzten zwanzig Jahre haben mit weniger deutlichen Stimmenverlagerungen schicksalhafte Weichenstellungen bewirkt.

Auf diesem Hintergrund drängen sich einige Folgerungen aus dem Wahlkampf auf, nachdem sich der Pulverdampf einigermassen verzogen hat. Tatsache ist vor allem, dass jene drei Parteien deutlich an Stimmen gewonnen, welche nicht *mehr*, sondern *weniger* vom Staat verlangen möchten. Weniger nicht in dem Sinne – wie diesen Parteien von ihren Gegnern erfolglos unterstellt worden ist –, dass notwendige staatliche Dienstleistungen in der modernen Industriegesellschaft dezimiert oder gar die Errungenschaften in der Vorsorge für Alter und Krankheit drastisch abgebaut würden, sondern *weniger* im Sinne einer Disziplinierung der Ansprüche an den Staat, einer Zügelung der bürokratischen Reglementierungswut und eines gesteigerten Kosten-Nutzen-Denkens nicht nur auf allen Stufen der Verwaltung, sondern auch in den Parlamenten.

Das hat wenig oder nichts mit einem parteipolitischen Schwarzpeterspiel zu tun. Es ist nicht so, dass sich

in bezug auf die Verantwortlichkeit für den üppig expandierenden Staat der letzten dreissig Jahre die Schafe fein säuberlich von den Böcken trennen liessen. Der Status quo ist nicht das Resultat eines ideologisch unterbauten «Verstaatlichungsprogramms» der vereinigten Linken, sondern vielmehr eine Mischung von sogenannten Sachzwängen, perfektionistischem bürokratischem Übereifer und hochkonjunktureller Wachstumseuphorie im politischen Bereich, welch letztere bekanntlich dazu geführt hat, dass die Wachstumsrate des öffentlichen Haushalts seit den sechziger Jahren regelmässig grösser war als jene der Wirtschaft. Die steigende Geldentwertung und die dank der «kalten Progression» damit verbundenen «Inflationsgewinne» des Fiskus trugen dazu bei, dass die wahre Lage immer wieder durch im Vergleich zu den Budgets «günstige» Rechnungsabschlüsse verschleiert wurde.

Inzwischen hat sich das öffentliche

Bewusstsein gewandelt. Der Rezessionsschock schärfte den Blick auch für die Entwicklungsprobleme staatlicher Tätigkeit. Viele Abstimmungen auf allen drei Stufen haben dies gezeigt. Das Wahlresultat vom 21. Oktober ist eine weitere Bestätigung dafür. Damit eröffnet sich eine Chance, auf die man lange und mit zunehmender Resignation vergeblich gehofft hatte – die Chance nämlich, aus der «Fortschreibungsmentalität» der öffentlichen Hand auszubrechen und klare Prioritäten im Geiste eines ausgeprägteren Effizienz- und Kostenbewusstseins zu setzen. Dazu bedarf es des Mutes und der Kraft zur intensiven Arbeit am Detail. Mit sogenannten «grossen Würfen» ist hier wenig zu erreichen.

Es wird sich weisen, ob das neue Parlament diese Chance nicht nur erkennt, sondern auch wahrnimmt. Die Stunde ist günstig – und wenn sie jetzt verpasst wird, so kommt sie so rasch nicht wieder.

Richard Reich

INFLATION – EIN HARTNÄCKIGES GESPENST

Es ist noch nicht allzu lange her, da haben die Vertreter von «Regierungs-Gipfeln» und diejenigen wichtiger internationaler Organisationen «geschlossen», und dies in entsprechenden Pressemitteilungen der staunenden Welt auch emphatisch mitgeteilt, dass dem weltweit grassierenden Übel der dauernden Geldentwertung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten sei. Wer sich heute die Mühe nimmt, diese Versprechen einer Erfolgskontrolle zu unterziehen, kommt zu einem *deprimierenden* Resultat. Es ist nicht einmal gelungen, die inflationäre Virulenz zu

dämpfen. Vielmehr beginnt sich die Inflationsspirale praktisch auf der ganzen Welt wieder von neuem rascher zu drehen. Die OECD meldet, dass bei ihren Mitgliedern, das heisst bei den wichtigsten Industrieländern, die durchschnittliche Inflationsrate nun bei 13 % (September) angelangt ist. Einzelne Länder liegen also weit über diesem Plafond. Von einer Ausrottung des Inflationsbazillus kann keine Rede sein.

Die Schweiz war in den Jahren 1976 bis 1978 eine eigentliche Stabilitätsinsel. Alle Indikatoren deuten aber darauf hin, dass sie sich an-

schickt, den Pfad der stabilitätspolitischen Tugend ebenfalls wieder zu verlassen. 5 % Geldentwertung in einem Jahr (Stand Ende Oktober) sind schliesslich kein Pappenstiel. In den 60er Jahren wurde bei einer Inflationsrate von 4 % die Alarmglocke gezogen. Erinnerungen unseligen Angedenkens werden wieder wach. Taucht auch die Schweiz wieder in eine Phase erhöhter monetärer Instabilität? Setzt sich von neuem eine wirtschaftliche Verhaltensweise durch, die in der Fachsprache als Inflationsmentalität bezeichnet wird? Und die sich vorzüglich dadurch auszeichnet, dass jedermann versucht, dem Inflationsgespenst zu entfliehen, indem er die Kosten der Inflation weiterwälzt? Reale Einkommens- und Vermögensumschichtungen sind die Folge, in

denen, wie die Erfahrungen während der grossen Wachstumsphase gezeigt haben, politische Brisanz enthalten ist.

Der konjunkturpolitische Auftrag, so wie er in der Verfassung formuliert ist, bezieht sich auf die Vollbeschäftigung *und* die Geldwertstabilität. Das Ziel der Vollbeschäftigung ist praktisch erfüllt (0,3 % Arbeitslosigkeit Ende September). Dasjenige der Preisstabilität dagegen ist gefährdet. Teilweise ist dies eine Folge der intensiven weltwirtschaftlichen Verflechtung unseres Landes (Erdöl), teilweise aber auch jene einer nicht stabilitätskonformen Geldpolitik. Die gegenwärtige Preisentwicklung muss deshalb wieder die Aufmerksamkeit der zuständigen wirtschaftspolitischen Instanzen finden.

Willy Linder

